

# Soziale Verantwortung von Computerfirmen

## *Kampagne der kirchlichen Hilfswerke zeitigt Reaktionen*

«Brot für alle» und «Fastenopfer» verzeichnen unterschiedliche Antworten auf ihre Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen bei Zulieferern der Computerindustrie. Einige der angesprochenen Unternehmen können auf eigene Anstrengungen verweisen.

**C. W.** Die beiden kirchlichen Entwicklungsorganisationen «Fastenopfer» und «Brot für alle» machen in ihrer diesjährigen Informationskampagne die sozialen Verhältnisse in der Computerherstellung zum Thema. Bei Zulieferern in Ostasien, lautet die auf eine Untersuchung gestützte Kritik, entsprächen Löhne, Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz oft nicht den Geboten der Menschenwürde. Einen Monat nach Lancierung der Aktion werden positive Wirkungen verzeichnet. Bei den anvisierten Unternehmen seien gut 5000 Postkarten mit den Forderungen der Hilfswerke eingegangen, und drei der fünf Firmen, die in der Schweiz insgesamt einen Marktanteil von 70 Prozent hätten, reagierten «konstruktiv».

### Dialog und Schweigen

Gelobt werden Hewlett-Packard, Dell und Apple insofern, als sie das Problem anerkannten, den Arbeitsbedingungen in der ausgelagerten Produktion Beachtung schenkten und mit den beiden Entwicklungsorganisationen Kontakt aufgenommen hätten. Demgegenüber hielt Fujitsu Siemens in einem Brief an die Kundschaft fest, dem Unternehmen seien keine grösseren Verstösse gegen die internationalen Arbeitsnormen bekannt. Keine Reaktion kam vom taiwanischen Unternehmen Acer. In Wirklichkeit seien die Arbeitsbedingungen in China, Thailand und den Philippinen bei den Zulieferern aller Firmen praktisch gleich schlecht, findet Beat Dietschy, Zentralsekretär von «Brot für alle». Die Forderungen werden wiederholt, dass die Markenfirmen eine soziale Verantwortung für die ganze Produktionskette übernehmen sollten, speziell für die Einhaltung der Kernbestimmungen des internationalen Arbeitsrechts, und dass sie sich um die Information der Arbeiterinnen und Arbeiter kümmern sollten.

Wie ein Unternehmen vorgeht, um soziale und ökologische Standards möglichst in der ganzen Produktionskette durchzusetzen, illustriert während eines Besuchs in der Schweiz Bonnie Nixon Gardiner, die bei Hewlett-Packard für dieses Programm zuständig ist. Sie betont im Gespräch, dass man sich innerhalb des Unternehmens selber im Zug der Auslagerung von Produktionsschritten der Aufgabe bewusstgeworden sei; sie zeigt sich aber «dankbar» für private Organisationen, die auf Missstände aufmerksam machen.

Unter den 600 Firmen, die direkt für Hewlett-Packard arbeiten, wurden 200 ermittelt, die wegen der Verhältnisse in den jeweiligen Ländern mit Risiken behaftet sind. Sie hatten einen umfangreichen Fragebogen zu den Arbeitsbedingungen auszufüllen. Bisher 115 Firmen wurden im Anschluss daran einer Prüfung an Ort und Stelle unterzogen. Es folgen die Vereinbarung von Verbesserungsmassnahmen und Nachkontrollen. Es kam auch schon zum Abbruch von Geschäftsbeziehungen. Der Akzent liegt aber auf «capacity building», das heisst auf Überzeugungsarbeit und Schulung. Bei Betriebsbesuchen ist laut Nixon

Gardiner manchmal festzustellen, dass den Verantwortlichen jeder Blick für die Verhältnisse ausserhalb der unmittelbaren Produktion fehlt. Dann gelte es, das Bewusstsein zum Beispiel für die Rolle einer zufriedenstellenden Kantine zu wecken – über das Essen beschwere sich eine grosse Mehrheit – und das Gespräch des Managements mit den Angestellten in Gang zu bringen.

### Im Wettbewerb

In welchem Mass die gesetzten Standards schon erreicht worden sind, ist eine andere Frage. Die Leiterin des Programms für soziale Verantwortung weist auf diverse Schwierigkeiten hin. Sie beginnen bei der Qualifikation der Visitatoren für die «Audits» und wachsen, wenn eine Firma mehrere Abnehmer hat oder wenn angestrebt wird, auch auf die Unterlieferanten Einfluss zu nehmen. Hinzu kommen natürlich finanzielle Einwände. Aber zum einen sieht man bei Hewlett-Packard einen gewissen Zusammenhang zwischen Arbeitsbedingungen und allgemeiner Qualität oder umgekehrt zwischen schlechtem Management und Vernachlässigung sozialer Aspekte. Und zum andern soll ein seit 2004 bestehender Verhaltenskodex die Konkurrenten der Elektronikbranche auf die gleichen Mindestprinzipien festlegen. Auf der Seite der Abnehmer spielen nicht zuletzt öffentliche Unternehmen eine Rolle, die bei der Auftragsvergabe auch soziale oder ökologische Kriterien beachten und so den verantwortungsbewussten Anbietern einen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Eine entsprechende Reaktion auf ihre Kampagne verzeichnen die kirchlichen Entwicklungsorganisationen bei der Regierung des Kantons Waadt.